

05. Juli 2017 10:02 Uhr

FLEXIBUS IM UNTERALLGÄU

## „Eine Rechnung, die aufgehen könnte“

**Landrat und Unternehmer werben für die Einführung des Flexibus-Systems**

*Von Walter Müller*



Im Landkreis Günzburg gibt es den Flexibus bereits

Foto: Bernhard Weizenegger

Die Vorstellung des Flexibus-Systems für den Landkreis Unterallgäu stand bei der Bürgermeister-Dienstbesprechung in Heimertingen im Mittelpunkt. Wie Landrat Hans-Joachim Weirather den Rathauschefs vorab erläuterte, sei die Sicherstellung eines geregelten öffentlichen Personen-Nahverkehrs für mehr als 100 Dörfer mit einem „normalen“ Busverkehr schlicht unmöglich. Da würde sich das Flexibus-System anbieten.

### **Im Landkreis Günzburg fährt er schon**

Mit-Betreiber des Flexibus-Systems, das es bereits im Bereich Günzburg und Krumbach gibt, ist die Firma Brandner Unterallgäu KG. Deren geschäftsführender Gesellschafter Josef Brandner hatte bereits 2015 ein Konzept für das Unterallgäu

vorgestellt, das jedoch zum damaligen Zeitpunkt an der fehlenden Co-Finanzierung durch den Freistaat gescheitert war. Nachdem nun eine neue Fördermaßnahme durch den Freistaat erfolgte, schlägt der Landkreis den Gemeinden vor, die Einrichtung baldmöglichst zu beschließen. Die Förderung soll über fünf Jahre laufen. Im ersten Jahr übernimmt der Freistaat 65 Prozent der Betriebskosten. Der Anteil sinkt jährlich bis auf 35 Prozent im fünften Jahr. Brandner stellte in der Versammlung das Konzept vor. Um das vorhandene Grundnetz zu ergänzen, benötige man fest bediente Haltestellen nahe der Wohnung der potenziellen Nutzer. Eine Fahrtreservierung per Telefon oder online soll bis etwa 30 Minuten vor Abfahrt möglich sein.

Der aus dem Betrieb erwachsende Deckungsfehlbetrag je beförderten Fahrgast betrug demnach im Landkreis Günzburg unter fünf Euro. Dem gegenüber stehe ein Fehlbetrag beim Rufbus-System im Unterallgäu in Höhe von 19,30 Euro je Fahrgast pro Fahrt. Fazit des Busunternehmers wie auch des Landrates: Eine Rechnung, die durchaus aufgehen könnte.

### **Buden als Treffpunkte dulden**

Zudem ging es in der Dienstbesprechung um die Sperrzeiten und Auflagen für Veranstaltungen. Das Thema betrifft auch die Buden und Bauwagen als Jugendtreffpunkte. Laut Kreisjugendpflegerin Julia Veitenhansl sind solche Einrichtungen nicht genehmigungsfähig. Die zuständigen Gemeinden könnten diese jedoch dulden. Ein Konzept von Kreisjugendamt und Polizei sieht vor: Der Standort muss geeignet sein und eine Verkehrssicherungspflicht durch einen Verantwortlichen übernommen werden. Ein zentraler Punkt sei die Bereitschaft zur Kooperation.

### **Wohnungen für Flüchtlinge gesucht**

Ein weiteres Thema war der Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge. Im Unterallgäu sieht die Situation folgendermaßen aus: Von den derzeit 1328 Flüchtlingen sind mittlerweile 505 anerkannt. Die für Ausländerangelegenheiten zuständige Amtsleiterin Martina Eder berichtete „trotz massiven Rückgangs der Zugangszahlen“ von bestehenden Personalproblemen in der Verwaltung in diesem „sehr fordernden und belastenden Bereich“.